

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 22
Produktnummer/-bezeichnung		
5511000 Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten		Produktleistung
		Fundsachen
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fundsachen verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einführen neuer Geschäftsprozesse - Optimieren Fachverfahren FELIX		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Die neuen Geschäftsprozesse dienen neben dem Aspekt der Sicherheit auch der klareren und transparenteren Gestaltung der Arbeitsabläufe für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fundbüros.</p> <p>Zur Unterstützung der neuen Geschäftsprozesse wurden bereits Optimierungen im Fachverfahren FELIX vorgenommen.</p> <p>Im Fundbüro werden jährlich rund 61.000 Fundgegenstände bearbeitet und verwaltet.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 23
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5511000 Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten	Fundsachen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fundsachen verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
IT-gestütztes Erfassen von Fundgegenständen im Bürgerbüro		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Zu den Aufgaben der Bürgerbüros gehört neben den melde- und passrechtlichen Aufgaben auch die Entgegennahme von Fundsachen. Die entgegengenommenen Fundsachen werden bislang auf einer Fundkarte vermerkt, die im Anschluss inkl. Fundgegenstand zur Nacherfassung an das Fundbüro weiter gegeben wird.</p> <p>Künftig wird die Entgegennahme von Fundsachen im Bürgerbüro unmittelbar im Fachverfahren FELIX registriert. Die vormals notwendige Nacherfassung im Fundbüro entfällt.</p> <p>In den Bürgerbüros werden jährlich ca. 300 Fundsachen abgegeben.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 4: Weitere Maßnahme zur Bewältigung des hohen und weiter steigenden Arbeitsanfalls		Nr. 24
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen Paßregister	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Alle Verwaltungsvorgänge der o.g. Produktleistungen, insbesondere Beantragen von Ausweisdokumenten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ)		
<input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Bereitstellen von Selbstbedienungsterminals in den Bürgerbüros		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Während die Auskunfts- und Serviceterminals in Parteiverkehrsbereichen (→ Maßnahme Nr. 43) die im Internet abrufbaren Dienstleistungen des Kreisverwaltungsreferates anbieten sollen, geht die angedachte Maßnahme, Selbstbedienungsterminals in den Bürgerbüros einzurichten, darüber hinaus:</p> <p>In modernen Selbstbedienungsterminals können biometrische Fotos und Fingerabdrücke für die Pass- und Ausweisdokumente erstellt werden. Die Übertragung der Daten zu den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern kann digital erfolgen. Dadurch würde der Verwaltungsvorgang insgesamt beschleunigt werden.</p> <p>Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, Lesegeräte für den elektronischen Personalausweis und den elektronischen Aufenthaltstitel in diese Terminals zu integrieren. Den Kundinnen und Kunden könnten damit, ähnlich wie an Bankautomaten, alle Online-Angebote der Stadtverwaltung angeboten werden. Vorstellbar wäre bei räumlicher Trennung der Geräte und entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen eine Nutzung unabhängig von den Öffnungszeiten rund um die Uhr.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über das Jahr <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls über den Tag / die Woche <input type="checkbox"/> gleichmäßige Verteilung des Arbeitsanfalls innerhalb der Dienststelle <input type="checkbox"/> Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine effizientere Arbeitsweise		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Beschaffen und Anbinden Terminals an das Fachverfahren

Prüfen der rechtlichen Möglichkeit einer Abnahme von Fingerabdrücken an den Selbstbedienungsterminals

Die Maßnahme erfordert die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 25
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen Melderegister	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Meldedaten verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Automatisiertes Übermitteln von Personenstandsmitteilungen in das Einwohnermeldeprogramm		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Derzeit erfolgt der Versand von Personenstandsmitteilungen zwischen dem Standesamt und dem Bürgerbüro in Papierform. Die Mitteilungen müssen manuell in das Einwohnermeldeprogramm eingepflegt werden. Mit Einführung des neuen Einwohnermeldeprogramms OK.EWO zum 01.05.2015 können standesamtliche Mitteilungen zukünftig elektronisch vom Bürgerbüro verarbeitet werden. Eine weitgehend automatisierte Datenübernahme ist möglich. Es handelt sich um ca. 250 Personenstandsmitteilungen pro Tag.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 26
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen Melderegister	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Einwohner registrieren und wohnungsbezogene Meldedaten verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Abrufen von Einwohnermeldedaten von der bisherigen Meldebehörde bei Zuzug nach München („vorausgefüllter Meldeschein“)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Künftig können bei einem Zuzug von Personen nach München und der entsprechenden Anmeldung einer Wohnung die Einwohnerdaten IT-gestützt bei der bisherigen Meldebehörde abgerufen werden.</p> <p>Dies bietet den Vorteil, Abweichungen bei den Angaben, die bisher erst im Rahmen des Nachrichtenaustausch zwischen den Meldebehörden erkennbar wurden, unmittelbar mit den Betroffenen klären zu können.</p> <p>Die Umsetzung ist mit der Einführung eines neuen EDV Programms OK.EWO zum 01.05.2015 vorgesehen.</p> <p>Pro Jahr sind etwa 130.000 Vorgänge von der Optimierung des Verfahrens betroffen.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 27
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen aus dem Passregister	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Ausweisdokumente beantragen und verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Digitalisieren von Pass- und Ausweisanträgen		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Nach der Einführung des neuen EWO Programms am 1.5.2015 ist in einer Phase 2 des Projekts EWOM5.0 die Digitalisierung von Pass- und Ausweisanträgen geplant (Zeitschiene: bis Ende 2015).</p> <p>Derzeit müssen die Antragsdaten ausgedruckt werden, da keine direkte digitale Speicherung aus dem EDV-Programm möglich ist. Im Anschluss daran werden die Unterlagen durch eine Privatfirma nachträglich digitalisiert und auf DVD zur Verfügung gestellt. Dadurch entstehen erhebliche Aufwände und Kosten.</p> <p>Die Dokumente im Zusammenhang mit dem Antragsverfahren werden künftig nicht mehr ausgedruckt und manuell verwaltet, sondern elektronisch verwaltet. Dadurch entfällt künftig der Aufwand und die Kosten für eine nachträgliche Digitalisierung.</p> <p>Langfristig ermöglicht die Maßnahme einen Zugriff auf die Dokumente an jedem Bürgerbüro-Standort zu ggf. Recherchezwecken bzw. der Abwicklung des Parteiverkehrs.</p> <p>Mit dieser Maßnahme entfallen somit künftig auch die Anforderung von Akten und die entsprechenden Wartezeiten auf die Akten. Dieser Vorteil wird jedoch, da keine Nacherfassung früherer Antragsunterlagen vorgesehen ist, erst im Laufe der nächsten Jahre zu spüren sein.</p> <p>Eine Priorisierung im Vorhabensplan ist erfolgt, die entsprechenden Ressourcen zur Umsetzung des IT-Vorhabens werden im Rahmen von EWOM5.0 Phase 2 eingeplant (it@M, dIKA, Fachdienststelle).</p> <p>Im Jahr 2014 wurde in etwa 23.000 Fällen auf die digitalen Anträge zugegriffen.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n	
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR	
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:	<input type="text"/>
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme	
<input type="text"/>	

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 28
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen aus dem Melderegister Leistungen aus dem Passregister	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Meldedaten verwalten, Ausweisdokumente beantragen und verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Erweitern der elektronischen Aktenführung im Bürgerbüro		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Über die bereits konkret geplante Maßnahme der Digitalisierung von Pass- und Ausweisanträgen (→ Maßnahme Nr. 27) hinaus ist eine Erweiterung der elektronischen Aktenführung im Bürgerbüro angedacht.</p> <p>Es sollten alle schriftlichen Vorgänge, die nicht im Melde- oder Passregister gespeichert sind sondern bislang in Papierform archiviert werden, in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden. Beim Konzept des Bürgerbüros mit einer Zentrale und mehreren Außenstellen ist der Zugriff auf vorhandene Unterlagen in vielen Fällen für die Sachbearbeitung erforderlich.</p> <p>Ein vollständiges Dokumentenmanagementsystem ermöglicht in nahezu allen Fällen eine standortunabhängige Erledigung der Vorgänge durch die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Bürgerbüros und einen sofortigen Zugriff auf benötigte Unterlagen ohne Aktenanforderung. Nach Einschätzung des Kreisverwaltungsreferates ist davon auszugehen, dass in rund 20.000 Fällen ein Zugriff auf die derzeitigen Papierunterlagen erforderlich ist.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Es ist zu prüfen, ob die Maßnahme mit dem stadtweit verfügbaren Dokumentenmanagementsystem realisierbar ist oder ob eine Einbindung in das Fachverfahren und die entsprechende Berücksichtigung in der Vorhabensplanung erforderlich ist.

Bei einer notwendigen Verknüpfung mit dem EWO-Fachverfahren ist die Maßnahme ohne eine Bereitstellung bzw. Erhöhung der Ressourcen (dIKA, it@M, Bürgerbüro) derzeit nicht umsetzbar. Die Anforderungen werden noch erhoben.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 29
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5524000 Personenstands- u. Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	Beurkunden von Geburten, Eheschließungen etc.	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Personenstand verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Automatisiertes Übermitteln von Einwohnermeldedaten in das Fachverfahren des Standesamtes		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Bisher müssen Meldedaten manuell in das Fachverfahren des Standesamtes eingepflegt werden. Mit der Einführung eines zusätzlichen Moduls des Fachverfahrens des Standesamtes können die benötigten Meldedaten künftig automatisiert aus dem Einwohnermeldeprogramm in das Fachverfahren des Standesamtes übernommen werden. Die Realisierung ist voraussichtlich nach Mai 2015 (Einführung des neuen EWO-Systems OK.EWO) möglich. Die Verbesserung betrifft etwa 300-400 Personendaten pro Tag.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		
<p>Voraussetzung ist Einführung OK.EWO. Der Softwarehersteller ist zu beauftragen. Die Kosten sind zu ermitteln, Finanzmittel müssen bereitgestellt werden.</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 30
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Aufenthaltsgewährung Aufenthaltsbeendigung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Aufenthaltstitel erteilen / verlängern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Verbessern der Zuarbeit des Bayerischen Landeskriminalamt (LKA) im Rahmen von Sicherheitsabfragen		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Im Rahmen einer vorgeschriebenen Sicherheitsanfrage bei den Sicherheitsdiensten erhält die Ausländerbehörde eine Mitteilung durch das Bayerische Landeskriminalamt (LKA), ob betreffend des Antragstellers „Erkenntnisse“ (z.B. Verurteilungen, laufende Strafverfahren) vorliegen. Diese Erkenntnisbescheide des LKA werden derzeit nicht vollständig übermittelt, es mangelt z.B. an Aussagen zum Verfahrensinhalt und zu Verfahrensausgängen.</p> <p>Um das notwendige vollständige Bild der Erkenntnislage zu erhalten, müssen die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter in der Folge einen hohen Nachermittlungsaufwand betreiben.</p> <p>Die Erkenntnisbescheide des LKA werden derzeit jeweils mit allen dort bekannten Erkenntnissen übermittelt. Bei einer neuen Sicherheitsabfrage werden auch die bereits bei der letzten Anfrage zugeleiteten Erkenntnisse erneut aufgeführt.</p> <p>Bereits ein oder mehrfach geprüfte Sachverhalte müssen, da ein Abgleich mit der alten Meldung nicht möglich ist, erneut geprüft bzw. verworfen werden.</p> <p>Nachdem nach Auskunft der Vertreter des Landeskriminalamts auf Arbeitsebene die dortigen personellen und technischen Möglichkeiten vorerst ausgeschöpft sind, soll über den Bayerischen Städtetag ein nochmaliger Vorstoß beim LKA erfolgen, das Verfahren insgesamt zu optimieren und die dortigen personellen und technischen Rahmenbedingungen an einen sinnvollen Erkenntnisaustausch anzupassen mit dem Ziel, dass künftig vollständige und qualifizierte Erkenntnisbescheide an die Ausländerbehörden übermittelt werden und Nachermittlungen durch die Ausländerbehörden grundsätzlich nicht mehr erforderlich sind. Diese Forderung ist gerechtfertigt, da es Aufgabe der Sicherheitsbehörden ist, vollständige und qualifizierte Informationen an die Vollzugsbehörden zu liefern.</p> <p>Im Jahr 2013 gingen bei der Ausländerbehörde 2.546 Erkenntnismitteilungen des LKA ein.</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

erwartete / erreichte Vorteile:

- weniger Aufwand
- mehr Transparenz, Klarheit
- Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung
- Reduzierung der Bearbeitungsschritte

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Initiative des Bayerischen Städtetags

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 31
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
55310000 Fahrerlaubnis	Maßnahmen Verkehrssicherheit Fahrerlaubnis	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fahrerlaubnis entziehen, versagen, untersagen, widersprechen, zurücknehmen Fahrerlaubnis erteilen, neu erteilen, erweitern und verlängern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Schaffen eines Online-Zugriffs auf das Bundeszentral- und Fahreignungsregister		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Bei Erteilungen von Fahrerlaubnissen bzw. Überprüfung der Gewähr für die besondere Verantwortung werden Auskünfte aus dem Fahreignungsregister (vormals: Verkehrszentralregister) und Führungszeugnisse benötigt.</p> <p>Bei Auskünften aus dem Fahreignungsregister existieren bereits teilweise Online-Zugriffe, im Bereich der Anforderung von Führungszeugnissen ist dies hingegen nicht möglich. In diesen Fällen sind die notwendigen Informationen über eine Karteikartenabschrift einzuholen.</p> <p>Künftig soll es möglich sein, die Daten einfach und unmittelbar über eine elektronische Registerauskunft zu erhalten.</p> <p>Das Kreisverwaltungsreferat regt bei der Obersten Landesbehörde (u. U. für alle fachlich betroffenen Dienststellen) an, dass unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften ein Online-Zugriff auf das Bundeszentralregister (zuständige Behörde: Bundesamt für Justiz) realisiert wird, der es ermöglicht, die zu einer Person vorhandenen Eintragungen unmittelbar festzustellen, so dass sich die zeitaufwändige Anforderung (Dauer rund 3 Wochen) eines Führungszeugnisses (ca. 9.500 Abrufe pro Jahr) deutlich verkürzt.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Maßnahme die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 32
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
55310000 Fahrerlaubnis	Maßnahmen Verkehrssicherheit Fahrerlaubnis	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fahrerlaubnis entziehen, versagen, untersagen, widerrufen, zurücknehmen Fahrerlaubnis erteilen, Fahrerlaubnis neu erteilen (Prüfen der gesundheitlichen Eignung)		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet / konkret geplant, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Vereinheitlichen der Anforderungen an ärztliche Gutachten, Definieren von Standards für ärztliche Gutachten im Rahmen der Fahrerlaubniserteilung		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Bewerberinnen und Bewerber um eine Fahrerlaubnis müssen die hierfür notwendigen körperlichen und geistigen Anforderungen erfüllen.</p> <p>Resultieren aus gesundheitlichen Problemen Zweifel an der Fahreignung, kann die Fahrerlaubnisbehörde zur Vorbereitung von Entscheidungen über die Erteilung oder Verlängerung der Fahrerlaubnis oder über die Anordnung von Beschränkungen oder Auflagen die Beibringung eines ärztlichen Gutachtens durch die Bewerberin bzw. den Bewerber anordnen.</p> <p>Dabei existieren keine einheitlichen Standards zur Erstellung von Gutachten, so dass die Gutachtensinhalte und -ergebnisse bei identischer Problemlage (z.B. Vorliegen von Psychosen) quantitativ wie qualitativ deutlich von einander differieren.</p> <p>Für ärztliche Gutachten müssen verbindliche Standards (Festlegen geeigneter Kriterien) geschaffen werden, die bei der Fahreignungsbegutachtung zu berücksichtigen sind. Durch einheitliche Standards bei der Begutachtung wird die Sachbearbeitung erleichtert; der Verwaltungsaufwand reduziert sich nicht zuletzt durch verständliche und kriterienbezogene Gutachten. Zudem wird für mehr Gleichbehandlung unter den Betroffenen gesorgt.</p> <p>Pro Jahr werden rund 2.000 ärztliche Gutachten in Auftrag gegeben.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Definieren der Standards u.a. durch die Deutsche Gesellschaft für Verkehrsmedizin (DGVM) nach Abstimmung mit den Landesärztekammern, den Ländergesundheits- und -verkehrsministerien, der Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 33
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5541200 Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung	Brandbekämpfung Technische Hilfeleistung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Einsatzkosten verrechnen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Einführen eines IT-gestützten Verfahrens bei der Durchführung des Anhörungsverfahrens vor Erlass eines Gebührenbescheides zur Verrechnung von Einsatzkosten		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Durch das neue IT-gestützte Verfahren erfolgt vor Erlass des Gebührenbescheides eine weitestgehend automatisierte Anhörung.</p> <p>Pro Jahr ist nach aktuellem Stand mit etwa 5.500 Anhörungen zu rechnen.</p> <p>Die Maßnahme ist eine Fortführung der bereits umgesetzten Maßnahme Nr. 5 „Einführen eines IT-gestützten Verfahrens zum Erstellen von Gebührenbescheiden“.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 34
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5541500 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz	Feuerbeschauen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Feuerbeschau durchführen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Verwenden von Tablet-PCs zur Planung und Dokumentation von Feuerbeschauen		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Im Rahmen des bisherigen Verfahrens liegen die benötigten Objektdaten zentral in Papierform und elektronisch an der Dienststelle vor. Die Ergebnisse einer Feuerbeschau werden vor Ort handschriftlich erfasst und müssen nach Rückkehr in die Diensträume aufwändig in das bestehende Feuerbeschauprogramm eingetragen werden. Der Feuerbeschau-Befund ist einzelfallbezogen zu erstellen.</p> <p>Durch die Einführung von Tablet-PCs mit einer geeigneten Software kann das Verfahren im Sinne der Mitarbeiterorientierung und des Kundenservices deutlich vereinfacht und optimiert werden: Künftig sollen die Daten des konkreten Objektes während der Feuerbeschau vor Ort abrufbar sein. Der Feuerbeschau-Befund kann künftig unmittelbar vor Ort erstellt und direkt an den Kunden übergeben werden. Die Übertragung der im Tablet-PC erfassten Daten und der Ergebnisse der Feuerbeschau erfolgt elektronisch nach Rückkehr in die Diensträume.</p> <p>Hierdurch wird eine Steigerung der Effektivität der Feuerbeschauen, eine Reduzierung von Fehlerquellen durch eine medienbruchfreie Dokumentation sowie eine Stärkung der Kundenorientierung durch die Nutzung innovativer Kommunikationstechnik und moderner Elemente des E-Government erreicht.</p> <p>Die Maßnahme wirkt sich erfahrungsgemäß auf über 10.000 Feuerbeschauen pro Jahr aus.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Bereitstellung erforderlicher Finanzmittel für die Hard- und Softwarebeschaffung (im Rahmen eines noch vorzubereitenden IT-Beschlusses).

Bedarfsgerechte Personalausstattung bei der Branddirektion (dIKA) (im Rahmen des stadtweit geplanten StR-Beschlusses zur Sicherung der erforderlichen Personalausstattung der dIKAs).

Sicherstellung der zugesagten Personalressourcen (MBUC-Empfehlung und Vergabestelle 3) von it@M.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 35
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5541200 Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung 5541310 Notfallrettung 5541 400 Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz	alle Produktleistungen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fuhrpark- und Geräteverwaltung bei der Branddirektion		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Verwenden einer benutzergerechten Software zur Fuhrpark- und Geräteverwaltung		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Die Fuhrpark- und Geräteverwaltung der Branddirektion erfolgt bislang durch unterschiedliche, nicht miteinander kompatible, dadurch nicht auswertbare und durch eine Vielzahl von Medienbrüchen fehleranfällige Dokumentationssysteme, Verfahren und Kommunikationswege. Nach der Umsetzung der geplanten Maßnahme soll die Fuhrpark- und Geräteverwaltung der Branddirektion über eine einheitlich verwendbare, weitestgehend medienbruchfreie SAP-kompatible Software durchgeführt werden.</p> <p>Jährlich ist mit mehreren tausend Anwendungsfällen zu rechnen.</p> <p>Die Optimierung ist zur Erreichung der folgenden Ziele erforderlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsschutz durch Terminsicherheit hinsichtlich Wartungs-, Prüfung- und Aussonderungsfristen • Dispositionssicherheit durch aktuelle Informationen über einsatzfähiges Gerät in der Integrierten Leitstelle München • Schaffung einer zentralen Datenbasis • Schärfung der KLR und der Anlagenbuchhaltung • Redundanzfreiheit von wichtigen Fahrzeug- und Gerätedaten • Maßgebliche Unterstützung der Prozessorientierung durch Einbau von Workflow-Elementen • Kostentransparenz zur Schärfung von Kalkulationen (Feuerwehr-Einsatzgebühren; jährliche Entgeltverhandlungen über Betriebskostenkosten im Rettungsdienst). <p>erwartete Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Beschaffung der Hard- und Software im 1. Quartal 2015 durch V3 (vgl. StR-Beschluss vom 17.12.2013, Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V13674 und derzeit in Abstimmung befindliche Beschlussvorlage zur Nachfinanzierung für den KVA am 24.03.2015).

Bedarfsgerechte Personalausstattung bei der Branddirektion (dIKA & Fachbereiche) (vgl. stadtweit geplanten StR-Beschlusses zur Sicherung der erforderlichen Personalausstattung der dIKAs bzw. eines in Vorbereitung befindlichen Beschlusses zur Finanzierung von Personalbedarf aufgrund verschiedener rechtlicher, technischer und anderer Entwicklungen bei der Branddirektion).

Sicherstellung der zugesagten Personalressourcen von it@M.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 36
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5512000 Gewerberechtliche Angelegenheiten 5537000 Verkehrsmanagement	Veranstaltungen/Versammlungen Verkehrsanordnungen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Veranstaltungen genehmigen, verwalten und betreuen Verkehr anordnen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Entwickeln eines IT-gestützten georeferenzierten Genehmigungs- und Abstimmungssystem als Fachverfahren für die Bearbeitung von Anträgen auf Sondernutzungen auf öffentlichem Verkehrsgrund (Veranstaltungen, Baumaßnahmen etc.)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Aktuell werden Versammlungsanzeigen, Anträge auf Veranstaltungen und Informationsstände bzw. Anträge auf Sondernutzungen auf öffentlichem Verkehrsgrund (wie z.B. im Rahmen von Bautätigkeiten) noch auf herkömmliche Weise in Papierform gestellt. In der Folge wird geprüft, ob die beantragte Sondernutzung hinsichtlich Art, Zeitpunkt und Örtlichkeit bestätigt bzw. genehmigt werden kann.</p> <p>Künftig sollen Kundinnen und Kunden Anträge wahlweise direkt online stellen können. Es ist dabei vorgesehen, dass die Dateneingabe bereits durch die Kundinnen und Kunden erfolgt; es schließt sich eine automatische Prüfung an, ob die gewünschte Örtlichkeit noch frei bzw. anderweitig belegt ist.</p> <p>Für eine wesentliche Entlastung sorgt insbesondere, dass die Kundendaten für die Anhörung bzw. Bescheiderstellung automatisiert bereitgestellt werden. Des Weiteren liegen notwendigen Anlagen in elektronischer und standardisierter Weise vor.</p> <p>Durch die Einführung eines IT-gestützten Genehmigungs- und Abstimmungssystems wird sich auch die Anzahl an Vorsprachen reduzieren. Insbesondere durch eine referatsübergreifende Nutzung kann der öffentliche Raum besser verwaltet werden. Es entfallen manuelle Abklärungen und Eintragungen in vorhandene Systeme. Zudem verringert sich die Gefahr, dass der öffentliche Raum mehrmals zur gleichen Zeit belegt wird. Pro Jahr werden rund 7.100 Anträge für Versammlungen und Veranstaltungen etc. auf öffentlichem Verkehrsgrund bearbeitet, die Anzahl der Anträge auf „Baustellen“-Sondernutzungen auf öffentlichem Verkehrsgrund beläuft sich pro Jahr auf ca. 22.000 sowie rund 10.000 Anzeigen von kleineren Einzelmaßnahmen, die in einem vereinfachten Verfahren bearbeitet werden.</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

erwartete / erreichte Vorteile:

- weniger Aufwand
- mehr Transparenz, Klarheit
- Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung
- Reduzierung der Bearbeitungsschritte

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Die notwendigen Voraussetzung zur Umsetzung sowie die Einführung der Maßnahme werden in dem Projekt „BAU-ER - Baustellen und Ereignismanagement“ erarbeitet und festgelegt. Ein Effektivereinsatz wird frühestens im Jahr 2019 erfolgen.

Die Maßnahme erfordert die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich. Die Anforderungen werden noch erhoben.

Der Projektgenehmigungsbeschluss wird derzeit erstellt.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 1: Maßnahme zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen		Nr. 37
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
produktübergreifend	- - -	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
- - -		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Optimieren der Datenübergabe zur Rechnungsstellung		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Bisher erfolgt die Übergabe von Rechnungs- und Sollstellungsdaten durch die verschiedenen Fachdienststellen an den Bereich „Einnahmenbewirtschaftung“ ohne eine einheitliche IT-Unterstützung.</p> <p>Die Vorgänge werden zentral von einem Team der Geschäftsleitung (Einnahmen, Kasse) zu Soll gestellt. In diesem Bereich sind seit Jahren Rückstände zu bewältigen und beispielsweise durch befristete Einstellungen aufzufangen.</p> <p>Ziel der Optimierungsmaßnahme ist eine effizientere Gestaltung in Form einer elektronischen Datenübergabe in einem einheitlichen Format, möglichst unmittelbar aus den einzelnen Fachverfahren heraus. Auf Seiten der Einnahmenbewirtschaftung sollte eine komfortable Importmöglichkeit in SAP geschaffen werden.</p> <p>Die Maßnahme würde eine Arbeitserleichterung für alle im Prozess beteiligten Dienststellen bedeuten, sie betrifft jedoch flächendeckend die verschiedenen Fachverfahren im Kreisverwaltungsreferat.</p> <p>Es handelt sich insgesamt um rund 100.000 Vorgänge pro Jahr.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> weniger Aufwand <input type="checkbox"/> mehr Transparenz, Klarheit <input type="checkbox"/> Vermeidung / Reduzierung von Mehrfachbearbeitung <input type="checkbox"/> Reduzierung der Bearbeitungsschritte		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Die Maßnahmen sind im Vorhabensplan enthalten, für die Umsetzung ist ein Stadtratsbeschluss notwendig, evtl. benötigte zusätzliche Ressourcen werden dann in diesem aufgenommen.

Im ersten Schritt soll eine Automatisierung des SAP-Imports erreicht werden.

In einer zweiten Phase (nicht vor dem Jahr 2016) können die Voraussetzungen für einen Anschluss der Fachverfahren an die Kassensysteme geprüft werden.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 38
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5512000 Gewerberechtliche Angelegenheiten	Veranstaltungen/Versammlungen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Veranstaltungen genehmigen, verwalten und betreuen Bewachungswesen vollziehen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Bereitstellen eines Online-Dienstes zur Beantragung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen des Ordnungsdienstpersonals für das Oktoberfest (Online-Wiesn-Portal)		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Derzeit müssen im Vorfeld des Oktoberfestes etwa 1.900 Bewachungsmitarbeiterinnen und Bewachungsmitarbeiter jährlich auf ihre Zuverlässigkeit überprüft werden. Dazu reichen die Bewachungsunternehmer die notwendigen Unterlagen und eine elektronische Tabelle ein. Diese Tabelle muss auf Richtigkeit überprüft werden, und wird dann zur weiteren Überprüfung der Personen an das Polizeipräsidium übermittelt.</p> <p>Sofern das Bewachungspersonal als zuverlässig eingestuft werden konnte, wurde der von den Bewachungsunternehmen eingereichte Mitarbeiterausweis durch das Kreisverwaltungsreferat als Nachweis der vorliegenden Zuverlässigkeit mit einem amtlichen Klebesiegel versehen.</p> <p>Mit Einführung des „Wiesn-Online-Portal“ können die Bewachungsunternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Oktoberfest online anmelden und die erforderlichen Dokumente hochladen. Eine persönliche Vorsprache ist nicht mehr erforderlich. Die Erstellung eines Ordnerausweises soll zukünftig durch das Kreisverwaltungsreferat erfolgen. Dieser Ausweis dient zur Bestätigung der positiv abgeschlossenen Zuverlässigkeitsprüfung. Dazu muss das System auch die Möglichkeit bieten, das für den Ausweisdruck vorgesehene Bild des Bewachungspersonals mit einem amtlichen Ausweisdokument zu vergleichen.</p> <p>Die Fallzahl von zuletzt ca. 1.900 Zuverlässigkeitsüberprüfungen wird sich noch erhöhen, da bisher nur das in den großen Festzelten eingesetzte Personal überprüft wurde. Die Oktoberfestverordnung sieht jedoch vor, dass das gesamte auf dem Oktoberfest eingesetzte Bewachungspersonal der Bewachungsunternehmen überprüft werden muss. Diese Steigerung ist nur mit einer wirkungsvollen elektronischen Unterstützung möglich, ebenso der notwendige Bildvergleich. Zudem kann durch das System erreicht werden, dass einheitliche Ausweise als Überprüfungszeichen ausgegeben werden, darüber hinaus sind die Ordernummern zukünftig eindeutig.</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

erwartete / erreichte Vorteile:

- Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich
- Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs
- Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich)
- Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität

Daneben reduzieren sich die Bearbeitungsschritte und der Arbeitsaufwand bei der Datenerfassung.

Künftig sollen auch Zufahrtskontrollbelege über das Online-Wiesn-Portal beantragt werden können.

Aus den Meldungen im Portal wird automatisiert eine Datei für den Fachbereich erzeugt bzw. die Meldungen werden in eine Datenbank eingetragen.

Das Veranstaltungs- und Versammlungsbüro holt auf elektronischem Weg Informationen über die beantragte Fahrerinnen und Fahrer bei der Polizei ein.

Das Veranstaltungs- und Versammlungsbüro erteilt bzw. verweigert die Zufahrtsberechtigung und gibt der beantragenden Firma auf elektronischem Weg die Rückmeldung über die Entscheidung.

Eine Einschätzung, wann die Erweiterung der Maßnahme umgesetzt werden kann, lässt sich derzeit noch nicht abgeben.

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Die angemessenen Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) sind bereitgestellt.

Für 2016 ist eine Weiterentwicklung des „Online-Wiesn-Portals“ geplant.

Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Weiterentwicklung die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich. Die Anforderungen werden noch erhoben.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 39
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5511000 Sicherheits- und Ordnungsangelegenheiten	Fundsachen	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Fundsachen verwalten (Aufnahme Verlustanzeige)		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Anbinden des Zentralen Telefonservice (ZTS) an das Fachverfahren FELIX, Erfassen von Verlustanzeigen durch den ZTS in FELIX		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Verlustanzeigen, die an den Zentralen Telefonservice gerichtet werden, können künftig unmittelbar elektronisch erfasst werden.</p> <p>Eine Vorsprache der Kundinnen und Kunden beim Fundbüro bzw. ein Nacherfassen der vom ZTS aufgenommenen Verlustanzeigen im Fundbüro ist nicht mehr notwendig.</p> <p>Das Verbesserungspotential beläuft sich auf rund 300 Verlustanzeigen, die pro Jahr an den ZTS gerichtet werden.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		
Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Maßnahme die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich. Die Anforderungen werden noch erhoben.		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 40
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5524200 Personenstands- u. Staatsangehörigkeitsangelegenheiten		
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Kirchenaustritte entgegen nehmen		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Ändern der Zuständigkeit für Kirchenaustrittserklärungen, Absenken der formellen Anforderungen an eine Kirchenaustrittserklärung		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Bisher ist ein Kirchenaustritt in Deutschland je nach Bundesland entweder vor dem Amtsgericht (in den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen), vor der Kirche (Bremen) oder vor dem Standesamt (andere Bundesländer) zu erklären. In Bayern ist gemäß Art. 3 Abs. 4 des Kirchensteuergesetzes (KirchStG) eine mündliche Erklärung gegenüber dem Standesbeamten (persönliche Vorsprache, Niederschrift, Beurkundung) oder eine schriftliche Erklärung mit öffentlicher Beglaubigung (Notar) erforderlich. Eine Neuregelung durch eine Änderung der bayerischen Gesetzeslage ist wünschenswert, z. B. Erklärung vor dem Amtsgericht, gegenüber der betroffenen Kirche, gegenüber dem Finanzamt im Rahmen der Steuererklärung oder durch Zulassung der einfachen Schriftform. Beim Standesamt München werden jährlich etwa 12.000 Kirchenaustritte durch persönliche Vorsprache erklärt.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		
Für eine Änderung der Zuständigkeit für Kirchenaustrittserklärungen und das Absenken der		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

formellen Anforderungen an eine Kirchenaustrittserklärung bedarf es der Änderung des Kirchensteuergesetzes (Gesetzesinitiative).

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 41
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen Melderegister	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Einwohner registrieren und wohnungsbezogene Meldedaten verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Bereitstellen von Online Dienstleistungen für das Einwohnerwesen, Ermöglichen der Identifizierung mittels elektronischen Chip im nPA		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Es ist zu erwarten, dass mit dem Bayerischen eGovernment-Gesetzes voraussichtlich im 1. Halbjahr 2015 eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, vermehrt Online-Dienste anzubieten zu können. Mit dem Stadtratsbeschluss vom 20.11.2014 „E-Government und Open-Governement – Stufe 2“ (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 01595) wurde die Bereitstellung der folgenden Online-Dienste im Bereich des Einwohnerwesen beschlossen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Online-Bestellung von Meldebescheinigungen (inkl. Bezahlservice - e-payment) Der Dienst ermöglicht die Bestellung von Meldebescheinigungen durch Bürgerinnen und Bürger. • Online-Bestellung von Aufenthaltsbescheinigungen (inkl. Bezahlservice – e-payment) Der Dienst ermöglicht die Bestellung von Aufenthaltsbescheinigungen durch Bürgerinnen und Bürger. • Einrichten von Übermittlungssperren: Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, der Übermittlung ihrer Adressen (z.B. an Parteien, Religionsgemeinschaften oder Adressbuchverlage, Auskünfte zum Zwecke der Direktwerbung, u.ä.) zu widersprechen. • Online-Beantragung von Melderegisterauskünften (inkl. Bezahlservice – e-payment): Der Online-Dienst ermöglicht die Bestellung von Melderegisterauskünften. <p>Die Beantragung dieser Leistungen kann bisher persönlich und schriftlich erfolgen. Erfahrungsgemäß erfolgt bei den Meldebescheinigungen die Antragstellung überwiegend persönlich, da die Bescheinigungen oftmals sofort zur Vorlage bei anderen Stellen erforderlich sind. Melderegisterauskünfte (ca. 200.000 Vorgänge im Jahr) werden durchwegs schriftlich beantragt.</p> <p>Bei der künftigen Nutzung der o. g. Online-Dienste ist keine persönliche Vorsprache notwendig.</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

- **Online-Meldung zum Umzug innerhalb der Stadt:**

Im Fall der Online-Meldung von Umzügen wird eine spätere Vorsprache beim Bürgerbüro zur Eintragung der Adressdaten im Personalausweis nicht vollständig entbehrlich. Die korrekte Anschrift im Personalausweis ist für die Nutzung der Online-Funktionen wie auch für die visuelle Kontrolle erforderlich.

Die Vorsprache ist jedoch zu einem späteren Zeitpunkt möglich, da der Personalausweis durch die fehlende Eintragung nicht ungültig wird.

Durch eine entsprechende Steuerung bzw. Informationspolitik, ggf. durch die beabsichtigte Einführung einer Terminvereinbarung, können die Vorsprachen bspw. auf Zeiten außerhalb der Spitzenzeiten verlagert werden. Oder sie können terminlich mit anderen bei der Meldebehörde zu erledigenden Anliegen verbunden werden.

Für die Inanspruchnahme dieser Online-Services ist die Identifizierung durch den elektronischen Personalausweis bzw. den elektronischen Aufenthaltstitel mit Online-Ausweisfunktion erforderlich.

Die Vorgänge können vollständig oder teilweise automatisiert durch die Bürgerinnen und Bürger durchgeführt werden. Die Arbeitsschritte im Bürgerbüro können durch die automatisierte Datenübernahme vereinfacht werden.

Es wird davon ausgegangen, dass die Maßnahmen die Fallzahlen im Parteiverkehr sowie die Wartezeiten der Personen im Parteiverkehr, die die Online-Dienste nicht nutzen, reduzieren werden und zudem die Kundenzufriedenheit erhöhen.

Eine konkrete Einschätzung der Inanspruchnahme und Effekte ist derzeit noch nicht möglich, da dies stark von der Verbreitung der Online-Ausweisfunktion (eID-Funktion) in der Bevölkerung abhängt.

Durch melderechtliche Online-Dienstleistungen wird jedoch ein weiterer Anreiz für die Nutzung der Online-Funktion des elektronischen Personalausweises und des elektronischen Aufenthaltstitels geschaffen.

Mittelfristig ist davon auszugehen, dass sich der Anteil der Personen, die Online-Dienste in Anspruch nehmen können, erheblich erhöhen wird und dadurch eine Entzerrung und Reduzierung der persönlichen Vorsprachen erfolgt.

Eine Priorisierung im Vorhabensplan ist erfolgt, die entsprechenden Ressourcen zur Umsetzung des IT-Vorhabens werden eingeplant (it@M, dIKA, Fachdienststelle).

erwartete / erreichte Vorteile:

- Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich
- Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs
- Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich)
- Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Die Umsetzung ist voraussichtlich nach der Einführung des neuen EWO-Fachverfahrens Ende 2015 im Rahmen des Projekts „EWOM5.0 Phase 2“ möglich, wenn die E-Government-Maßnahme „EWO eGov-Services“ aus dem 2. E-Government Stadtratsbeschlusses umgesetzt wird und zusätzliche Sachmittel in Höhe von 60 PT für den Anschluss an EWO zur Verfügung gestellt werden.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 42
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen aus dem Melderegister	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Einwohner registrieren und wohnungsbezogene Meldedaten verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Bereitstellen eines Online-Angebotes zur Anmeldung einer Wohnung beim Zuzug nach München		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Bisher konnten sich die Meldepflichtigen in Bayern neben der persönlichen Vorsprache auch schriftlich anmelden. Derzeit nutzen rund 40.000 Meldepflichtige die Möglichkeit einer schriftlichen An- bzw. Abmeldung.</p> <p>Mit Inkrafttreten des Bundesmeldegesetzes am 01.11.2015 wird es bundesweit einheitliche und unmittelbar geltende melderechtliche Vorschriften für alle Bürgerinnen und Bürger geben, u.a. ist für eine Anmeldung einer Wohnung eine persönliche Vorsprache notwendig. In der Konsequenz ist zu erwarten, dass die persönlichen Vorsprachen zur Anmeldung in den Bürgerbüros ansteigen werden.</p> <p>Gleichzeitig wird durch die vorgesehene Rechtsänderung eine Anmeldung über die zugelassenen elektronischen Verfahren (nPA, DE-Mail oder qualifizierte Signatur) ermöglicht, wenn seitens der Behörde ein elektronischer Zugang eröffnet wird (§ 23 Abs. 2 BMeldG i.V.m. § 10 Abs. 2 u. 3 BMeldG).</p> <p>Daher ist eine Erweiterung der Online-Dienstleistungen beabsichtigt, sobald die rechtlichen Voraussetzungen für diesen Dienst (Bayerisches eGovernment-Gesetz voraussichtlich im 1. Halbjahr 2015) vorliegen.</p> <p>Eine spätere Vorsprache beim Bürgerbüro zur Eintragung der Adressdaten im Personalausweis wird durch die Nutzung des künftigen Online-Angebotes jedoch nicht entbehrlich (vgl. Maßnahme Nr. 38 Bereitstellen von Online-Dienstleistungen für das Einwohnerwesen – Online Meldung zum Umzug innerhalb der Stadt).</p> <p>Die korrekte Anschrift im Personalausweis ist für die Nutzung der Online-Funktionen wie auch für die visuelle Kontrolle erforderlich.</p> <p>Die Vorsprache ist jedoch zu einem späteren Zeitpunkt möglich, da der Personalausweis durch die fehlende Eintragung nicht ungültig wird.</p> <p>Durch eine entsprechende Steuerung bzw. Informationspolitik, ggf. durch die beabsichtigte</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Einführung einer Terminvereinbarung, können die Vorsprachen ggf. auf Zeiten außerhalb der Spitzenzeiten verlagert werden. Oder sie können terminlich mit anderen bei der Meldebehörde zu erledigenden Anliegen verbunden werden.

Die Anzahl der Personen, die die Voraussetzung für die Nutzung der Online-Angebote erfüllen, ist derzeit noch als sehr gering einzuschätzen.

Durch die Möglichkeit einer Online-An- bzw. Abmeldung der Wohnung wird jedoch ein weiteres interessantes Angebot für die Nutzung der Online-Funktion des elektronischen Personalausweises und des elektronischen Aufenthaltstitels eingeführt.

Mittelfristig ist davon auszugehen, dass sich der Anteil der Personen, die Online-Dienste in Anspruch nehmen können, erheblich erhöhen wird und dadurch eine Entzerrung und ggf. Reduzierung der persönlichen Vorsprachen erfolgt.

erwartete / erreichte Vorteile:

- Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich
- Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs
- Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich)
- Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

Maßnahme KVR

Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:

Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:

erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Die Maßnahme kann ohne eine Bereitstellung bzw. Erhöhung der Ressourcen (dIKA, it@M, Fachdienststelle) nicht umgesetzt werden. Die Anforderungen werden noch erhoben.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 43
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5525000 Melde- und Passangelegenheiten	Leistungen Melderegister	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Einwohner registrieren und wohnungsbezogene Meldedaten verwalten		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Bereitstellen von Auskunfts- und Serviceterminals in Parteiverkehrsbereichen als Informationsmedium und zur Abwicklung von melderechtlichen Vorgängen		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Im Rahmen der Stufe 1 zum E-Government wurde beschlossen, in Parteiverkehrsbereichen zwei Auskunfts- und Serviceterminals aufzustellen, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, auf das Online-Angebot des Kreisverwaltungsreferates zugreifen zu können. Dies ermöglicht den Nutzerinnen und Nutzern, sich über Dienstleistungen und die benötigten Unterlagen zu erkundigen und so die Service-Points bzw. die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter zu entlasten, was allgemeine Informationen und die Inanspruchnahme der bereits zur Verfügung gestellten Online-Dienste betrifft.</p> <p>In den Terminals sind Kartenlesegeräte für den neuen Personalausweis (nPA) integriert. Damit können alle Dienstleistungen und Formulare genutzt werden, die im Dienstleistungsfinder online angeboten werden, insbesondere die neu eingeführten EWO eGov-Services mit ePayment Bezahlservice (→ Maßnahme Nr. 41 Bereitstellen von Online-Dienstleistungen für das Einwohnerwesen).</p> <p>In Kombination der beiden Maßnahmen könnten somit - ähnlich wie in Banken mit den Bankautomaten - „Self-Service“-Bürgerautomaten an geeigneten Standorten angeboten werden, mit denen einfach nutzbar melderechtliche Vorgänge und andere Dienstleistungen (Führungszeugnisse beantragen, Umzüge anmelden, Meldebestätigungen beantragen etc.) abgewickelt werden könnten.</p> <p>Die konkreten Auswirkungen sind noch nicht bekannt und werden in den Pilotbereichen getestet. Es wird davon ausgegangen, dass eine flächendeckende Ausstattung einen noch stärkeren Effekt der Maßnahmen bewirken würde.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

- Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich)
- Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Bei einer (ggf. späteren) flächendeckenden Ausstattung sind die erforderlichen Sachmittel sowie Personalressourcen im IT-Bereich (DIKA und it@M) und beim Gebäudemanagement zu prüfen.

Ferner muss für die Bereitstellung von Auskunft- und Serviceterminals die Maßnahme Nr. 38 „Bereitstellen von Online-Dienstleistungen für das Einwohnerwesen“ umgesetzt sein.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 44
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Aufenthaltsgewährung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Aufenthaltstitel erteilen / verlängern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Verlängern der Erteilungsdauer von Aufenthaltstiteln im Ehegattennachzug		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>§ 27 Abs. 4 Satz 4 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) sieht vor, die Aufenthaltserlaubnis mindestens für ein Jahr zu erteilen. Bisher erteilt die Ausländerbehörde München die erstmalige Aufenthaltserlaubnis im Ehegattennachzug grundsätzlich für zwei Jahre.</p> <p>Sie zieht in Betracht, den Zeitraum für die Ersterteilung auf drei Jahre zu erhöhen. Diese Änderung der Verwaltungspraxis könnte rund 3.500 Fälle pro Jahr betreffen.</p> <p>Dabei ist jedoch abzuwägen, dass nach drei Jahren ein eheunabhängiges Aufenthaltsrecht entsteht und die bisherige Möglichkeit der Ausländerbehörde, nach zwei Jahren die Integrationsfortschritte des Ehegatten (z.B. Sprachkenntnisse) und das weitere Vorliegen der Erteilungsvoraussetzungen (z.B. Überprüfung des Zusammenlebens der Ehegatten) zu überprüfen, wegfallen würde.</p> <p>Eine entsprechende Festlegung deckt sich mit der Praxis vereinzelter anderer großer Ausländerbehörden, zum Beispiel der Ausländerbehörde Berlin.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Maßnahme die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 45
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Aufenthaltsgewährung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Aufenthaltstitel erteilen / verlängern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ)		
<input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/>		
<input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Verlängern der Erteilungsdauer von Aufenthaltstiteln im Studentenbereich		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Ausländische Studentinnen und Studenten erhalten ihre Aufenthaltserlaubnis bisher regelmäßig für die Dauer von zwei Jahren. Laut § 16 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) beträgt die Geltungsdauer bei der Ersterteilung und Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für ein Studium mindestens ein Jahr und soll bei Studium und studienvorbereitenden Maßnahmen zwei Jahre nicht überschreiten.</p> <p>Ausnahmen in begründeten Fällen sind somit möglich.</p> <p>Die Aufenthaltserlaubnis kann verlängert werden, wenn der Aufenthaltswitzweck noch nicht erreicht ist und in einem angemessenen Zeitraum noch erreicht werden kann.</p> <p>Zur Reduzierung der Vorsprachen und zur Entzerrung des Parteiverkehrs in der Immatrikulationshochphase (Monate September bis November) ist angedacht, die Aufenthaltserlaubnisse zum Zwecke des Studiums nach § 16 AufenthG künftig grundsätzlich für zweieinhalb Jahre zu erteilen.</p> <p>Hierdurch kann eine Entzerrung der Vorsprachen erreicht werden, da die Verlängerungen dann nicht – parallel zu den Ersterteilungen – hauptsächlich im Herbst, sondern im Frühjahr anstehen würden.</p> <p>Bislang treten regelmäßig zu Semesterbeginn im Herbst Spitzenbelastungen auf.</p> <p>Eine gezieltere Steuerung der Erteilungsdauer kann zwar grundsätzlich nicht die Anzahl der Vorsprachen verringern, jedoch eine gleichmäßigere Verteilung der Fallzahlen über das Jahr hinweg bewirken.</p> <p>Gleichzeitig ist die Verlängerung der Erteilungsdauer um wenige Monate wegen der Überschneidung mit dem Immatrikulationsrhythmus der Universitäten sachlich gerechtfertigt.</p> <p>Viele Studentinnen und Studenten sind zum Zeitpunkt des Ablaufs ihrer Aufenthaltserlaubnis noch nicht im Besitz einer neuen Immatrikulationsbescheinigung ihrer Universität und müssen daher mehrfach in der Ausländerbehörde vorsprechen.</p> <p>Mehrfachvorsprachen in diesen Fällen können durch die Maßnahme ebenfalls reduziert werden.</p>		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Darüber hinaus soll in Fällen mit positiver Studienprognose die Aufenthaltserlaubnis für den gesamten Zeitraum der voraussichtlichen Studiendauer (Bachelorstudiengänge: 3,5 Jahre, Masterstudiengänge: 3 Jahre) erteilt werden.

Dies setzt jedoch eine positive Prognose im Einzelfall und die Festlegung entsprechender Kriterien voraus (z.B. bereits erfolgreiches zielstrebiges Bachelorstudium im Bundesgebiet, jetzt Masterstudium).

Ähnliche Vereinfachungen werden von anderen Ausländerbehörden bereits praktiziert.

Pro Jahr sprechen ca. 20.000 Kundinnen und Kunden am Servicepoint des Studentenbereichs vor. Nach einer erfolgreichen Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen geht die Ausländerbehörde München von einer Reduzierung der Vorsprachen in einer Größenordnung von bis zu 2.000 Personen aus.

erwartete / erreichte Vorteile:

- Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich
- Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs
- Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich)
- Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität

Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n

- Maßnahme KVR
- Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en:
- Maßnahme KVR mit externen Beteiligten:
- erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n:

Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme

Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Maßnahme die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich.

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Kategorie 2: Maßnahme zur Reduzierung der Zahl der persönlichen Vorsprachen		Nr. 46
Produktnummer/-bezeichnung	Produktleistung	
5526000 Ausländerrechtliche Angelegenheiten	Aufenthaltsgewährung	
Bezeichnung Verwaltungsvorgang/Geschäftsprozess		
Aufenthaltstitel erteilen / verlängern		
Sachstand der Umsetzung / Planung der Maßnahme, Zeitschiene		
<input type="checkbox"/> Maßnahme bereits umgesetzt seit: <input type="text"/> (Angabe in MM/JJJJ) <input type="checkbox"/> Maßnahme wird umgesetzt zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzung der Maßnahme bereits eingeleitet, Realisierung geplant zum: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Umsetzungsmöglichkeit und Zeitschiene noch konkret zu prüfen		
Bezeichnung der Maßnahme		
Verlängern der Erteilungsdauer von Aufenthaltstiteln bei nicht verschuldeten Ausreisehindernissen		
Kurzbeschreibung der Maßnahme, Erläuterungen und Auswirkungen		
<p>Eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1 und Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) darf gem. § 26 Abs. 1 AufenthG für längstens 6 Monate erteilt werden, solange sich die Person noch nicht 18 Monate rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält.</p> <p>Zum Zeitpunkt der Erteilung steht jedoch häufig schon fest, dass das Ausreisehindernis über sechs Monate hinaus vorliegen wird (z. B. bei Reiseunfähigkeit). Die Aufenthaltserlaubnis sollte daher einzelfallbezogen auch länger erteilt werden dürfen.</p> <p>Hierzu ist eine Änderung der Rechtsgrundlage § 26 Abs. 1 AufenthG erforderlich.</p> <p>Derzeit sind rund 1.500 Personen im Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörde München im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 oder § 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG.</p> <p>erwartete / erreichte Vorteile:</p> <input type="checkbox"/> Persönliche Vorsprache bei Nutzung des Angebotes entbehrlich <input type="checkbox"/> Reduzierung der Anzahl der erforderlichen Vorsprachen innerhalb eines Verwaltungsvorgangs <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch Verlängerung des Turnus (z. B. alle 2 Jahre statt jährlich) <input type="checkbox"/> Entzerrung von Vorsprachen durch höhere terminliche Flexibilität		
Gestaltungsspielraum KVR / Beteiligte / Änderung Rechtsgrundlage/-n		
<input type="checkbox"/> Maßnahme KVR <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit Querschnittsreferat/-en: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> Maßnahme KVR mit externen Beteiligten: <input type="text"/> <input type="checkbox"/> erforderliche Änderung einer / mehrerer Rechtsgrundlage/-n: <input type="text"/>		
Zu schaffende Voraussetzung/-en für die Umsetzung der Maßnahme		
Für eine Verlängerung der Erteilungsdauer bedarf es einer Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Gesetzesinitiative).		

Anlage 3 Konkrete Beschreibungen geplanter bzw. vor der Realisierung stehender Maßnahmen

Im Falle einer notwendigen Anpassung des Fachverfahrens erfordert die Maßnahme die Bereitstellung bzw. Schaffung angemessener Ressourcen im IT-Bereich (dIKA, it@M) und im betroffenen Fachbereich. Die Anforderungen werden noch erhoben.